



Reinhard Wessel ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kroatien.

VON SANADER ZU KOSOR; VON MESIĆ ZU JOSIPOVIĆ

DIE NEUORDNUNG DES POLITISCHEN SYSTEMS IN KROATIEN IM JAHR 2009/2010

Reinhard Wessel

Das Jahr 2009/2010 hat das politische System Kroatiens verändert wie kaum ein anderes Jahr im letzten Jahrzehnt. Neben den Kommunal-, Gespanschafts- und Präsidentenwahlen erhielt das Land auch eine neue Premierministerin. In diesem Artikel werden die politischen Veränderungen des letzten Jahres in Kroatien gebündelt und in Beziehung miteinander gesetzt. Als Einführung und zum Verständnis des politischen Systems werden die Hintergründe zur verfassungsrechtlichen Stellung des Staatspräsidenten beleuchtet.

DIE BISHERIGEN STAATSPRÄSIDENTEN KROATIENS

Die beiden bisherigen Staatspräsidenten Kroatiens, Franjo Tuđman und Stjepan („Stipe“) Mesić, haben ihr Amt auf unterschiedliche Weise wahrgenommen. Die Zeit des ersten Präsidenten war gezeichnet durch den Kampf um die kroatische Unabhängigkeit, den Aufbau demokratischer Strukturen und der Selbstbehauptung im Krieg gegen die Serben. Dieser Krieg, der von den Kroaten als „domovinski rat“ (Heimatskrieg) bezeichnet wird, kostete ca. 20.000 Kroaten das Leben. Zeitweise waren rund ein Drittel des kroatischen Territo-

riums von der Jugoslawischen Volksarmee bzw. von serbischen Freischärlern besetzt, wesentliche Teile der Infrastruktur zerstört oder lahmgelegt und 250.000 Kroaten vertrieben. Der ehemalige Heeresgeneral und Historiker Franjo Tuđman wurde am 8. April 1990 zum ersten Präsidenten des Präsidiums der kroatischen Republik gewählt. Diese Position behielt er bis zu seinem Tod am 10. Dezember 1999. Seine autokratische Regierungsweise und seine nationalistische Außenpolitik isolierten das Land in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Seine Günstlingswirtschaft verursachte mehrere spektakuläre Wirtschaftspleiten und löste diverse Korruptions-skandale aus. Unabhängig vom negativ besetzten Bild im Ausland genoss der Präsident über die Parteigrenzen hinweg in der Bevölkerung und besonders in kirchlichen und konservativen Kreisen hohes Ansehen. Der gewonnene Krieg und die Erfolge der politischen und wirtschaftlichen Transformation sicherten ihm große Unterstützung.

Der im Januar 2000 gewählte Nachfolger Stjepan Mesić prägte das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausend. Von manchen Beobachtern wird Mesić als Prototyp einer ganzen Generation kroatischer Politiker bezeichnet, die den kroatischen Unabhängigkeitskampf und die Konsolidierung wesentlich beeinflusst haben. Charakteristisch für die Politikergeneration war es, bei allen Widersprüchlichkeiten und Brüchen, die Demokratisierung und die Integration Kroatiens in die westliche Wertegemeinschaft voranzutreiben, wenngleich die Spuren ihrer Sozialisation in Zeiten des Kommunismus spürbar blieben. Mesić, gelernter Jurist, startete seine politische Karriere 1966 als Abgeordneter des jugoslawischen Parlaments, schloss sich Ende der sechziger Jahre der Bewegung „Kroatischer Frühling“ an und musste in diesem Zusammenhang wegen „konterrevolutionärer Umtriebe“ eine einjährige Haftstrafe verbüßen. Im Frühjahr 1989 beteiligte er sich zusammen mit Franjo Tuđman an der Gründung der HDZ (konservativ/christlich-demokratische Kroatische Demokratische Union), die er im Streit 1994 verließ und seine eigene Partei, die HND (Demokratische Unabhängige Partei) gründete. Im Jahr 1997 trat er der HNS, der linksliberalen Kroatischen Volkspartei, bei. Der Name Mesić wird vor allem mit den Erfolgen des Transformationsprozesses Kroatiens verbunden bleiben. In seiner Zeit entwickelte sich das Land, erst unter sozialdemokratischer, ab 2003 dann unter konservativer Füh-

Der im Januar 2000 gewählte Nachfolger Stjepan Mesić prägte das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausend. Von manchen Beobachtern wird Mesić als Prototyp einer ganzen Generation kroatischer Politiker bezeichnet, die den kroatischen Unabhängigkeitskampf und die Konsolidierung wesentlich beeinflusst haben.

In seiner Zeit entwickelte sich das Land, erst unter sozialdemokratischer, ab 2003 dann unter konservativer Führung, zu einem Staat mit stabilen demokratischen Strukturen und wirtschaftlichen Erfolgen, die im Vergleich zu anderen Ländern der Region beispielhaften Charakter besaßen.

rung, zu einem Staat mit stabilen demokratischen Strukturen und wirtschaftlichen Erfolgen, die im Vergleich zu anderen Ländern der Region beispielhaften Charakter besaßen. Mešić hat durch seine Art das Verhältnis der Kroaten zu „ihrem“ Staat positiv beeinflusst und Kroatiens Image im Ausland verbessert. Seine

Stellungnahmen in Bezug auf die Aufarbeitung der Vergangenheit sind jedoch problematisch. So hielt er bis zum Ende seiner Amtszeit daran fest, die Zeit des Kommunismus und vor allem die menschenverachtende Politik Josip Broz Titos zu relativieren und zu verharmlosen.¹

DIE VERFASSUNGSRECHTLICHE STELLUNG DES STAATSPRÄSIDENTEN

Die aktuelle Verfassung Kroatiens fußt auf der sog. „Weihnachtsverfassung“ vom 22. Dezember 1990, die dem Staatspräsidenten umfangreiche legislative und exekutive Funktionen zuweist. Ende des Jahres 2000 bzw. Anfang 2001 verabschiedeten die Abgeordneten des Sabors (des kroatischen Parlaments) einschneidende Änderungen, um die kroatische Verfassung von einer präsidentialen in eine parlamentarische Demokratie umzuwandeln. Damit verringerten die Abgeordneten die Konzentration politischer Macht auf den Präsidenten; eine Regelung, die auf den früheren Amtsinhaber, Franjo Tuđman, zugeschnitten war.

Rechte, Pflichten und Kompetenzen des Staatspräsidenten sind ausdrücklich im zweiten Abschnitt der Verfassung der Republik Kroatiens, Artikel 93 bis 106, festgelegt. Trotz eini-

Trotz einiger Einschränkungen kommen dem Staatspräsidenten weiterhin vergleichsweise wichtige Funktionen innerhalb der Verfassungsorgane zu. Sie manifestieren sich vor allem im Artikel 93, welcher dem Präsidenten das „reguläre und abgestimmte Funktionieren im Sinne der Stabilität der Staatsregierung“ sowie die „Verteidigung und Unabhängigkeit der territorialen Integrität“ als Kernaufgabe zuweist.

ger Einschränkungen kommen dem Staatspräsidenten weiterhin vergleichsweise wichtige Funktionen innerhalb der Verfassungsorgane zu. Sie manifestieren sich vor allem im Artikel 93, welcher dem Präsidenten das „reguläre und abgestimmte Funktionieren im Sinne der Stabilität der Staatsregierung“ sowie die „Verteidigung und Unabhängigkeit der territorialen Integrität“ als Kernaufgabe zuweist. Er besitzt dazu wichtige Kompetenzen in der Außenpolitik sowie bei der Kontrolle des Militärs und der

1 | Vgl. Karl-Peter Schwarz, „Der letzte Tito-Verehrer“, in: FAZ, 19. Juli 2009, S. 8.

Nachrichtendienste, die er gemeinsam mit dem Premierminister kontrolliert. In Krisen- und Bedrohungssituationen übernimmt der Präsident wichtige Exekutivfunktionen. Er ist für die Beauftragung zur Regierungsbildung zuständig und entscheidet darüber, ob das Parlament aufgelöst werden soll oder nicht. Letzteres ist möglich, sollte der Staatshaushalt keine Mehrheit erhalten oder der Regierung seitens des Parlaments das Misstrauen ausgesprochen werden. Der Präsident ist auch in die Ernennung und Berufung der Botschafter einbezogen.

Der Präsident wird direkt für fünf Jahre gewählt, wobei eine einmalige Wiederwahl zulässig ist. In den Artikeln 93, 97 und 99 der Verfassung werden dem Präsidenten die Aufgaben zugewiesen, die für das reibungslose Funktionieren des Staates notwendig sind. Hier wird eine unparteiliche und unvoreingenommene Stellung des Präsidenten erwartet. Aus diesem Grund muss der Präsident seine Parteimitgliedschaft während seiner Amtszeit ruhen lassen („ostavku načlanstvo“). Dies dürfte staatsrechtlich am ehesten dem Verständnis des Begriffs einer „pouvoir neutre“ entsprechen und zwar in seiner doppelten Bedeutung sowohl als „neutraler Macht“ als auch „Hüter der Verfassung“. Mit diesem Gebot parteipolitischer Enthaltensamkeit trugen die Mütter und Väter der kroatischen Verfassung dem Umstand Rechnung, dass ein Staatsoberhaupt nur dann glaubwürdig und erfolgreich agieren kann, wenn er nicht in das politische Alltagsgeschäft eingebunden ist. Nur so kann er sich auf Dauer den Respekt und das Vertrauen aller Parlamentsparteien sichern, welches er benötigt, um in Verfassungskrisen Entscheidungen treffen zu können, die von allen politischen und gesellschaftlichen Kräften gleichermaßen akzeptiert und respektiert werden. Andererseits zwingen den Präsidenten viele seiner Aufgaben und Pflichten geradezu, seine Schiedsrichterfunktion aufzugeben und Partei zu ergreifen. Stjepan Mesić schaltete sich selbst bei unwichtigen außen- und innenpolitischen Themen in die politische Diskussion ein, was die Presse bereitwillig und regelmäßig aufgriff. Auf diese Weise gelang es ihm regelmäßig, der für Kritik an der Regierung eigentlich zuständigen Opposition zuvorzukommen.

DAS POLITISCHE JAHR 2009 IN KROATIEN

Als erstes wichtiges politisches Ereignis für Kroatien im Jahr 2009 galten die Kommunalwahlen vom 17. und 31. Mai 2009.

Diese wurden als wichtiger Stimmungstest für die amtierende Koalitionsregierung in der Mitte ihrer Legislatur gewertet. Hierbei konnte die stärkste politische Kraft Kroatiens, die

Bis auf Istrien und den äußersten Norden des Landes ist inzwischen alles „HDZ-blau“. Bereits im ersten Wahlgang eroberte die HDZ sieben Gespanschaften. Sechs weitere folgten im zweiten Durchgang und zwei weitere gewannen die Partnerparteien. In 16 Gespanschaften wird die HDZ in Koalitionen eingebunden sein.

konservativ-christdemokratische HDZ, ihre Machtposition weiter ausbauen. Bis auf Istrien und den äußersten Norden des Landes ist inzwischen alles „HDZ-blau“. Bereits im ersten Wahlgang eroberte die HDZ sieben Gespanschaften. Sechs weitere folgten im zweiten Durchgang und zwei weitere gewannen die Partnerparteien. In 16 Gespanschaften wird die HDZ in Koalitionen eingebunden sein. Im Vergleich zur Parlamentswahl Ende 2007 konnte

sie sogar einige Prozentpunkte zulegen – wenn man die Ergebnisse der Koalitionsparteien hinzurechnet. Es gelang ihr aber nicht, in den größten Städten nennenswerte Erfolge zu erzielen, da hier zumeist die SDP Stimmen hinzugewinnen konnte.

Die Wahlen verliefen – bis auf wenige Beanstandungen – reibungslos. Wie zu erwarten, standen die „Duellsituationen“ der Bürgermeisterkandidaten der größeren Städte im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, wobei mehr über deren persönliche Hintergründe und Präferenzen als über parteipolitische Programme oder Konflikte berichtet und diskutiert wurde. Der Erfolg der Regierungsparteien war durchaus erstaunlich, da zu jener Zeit die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich zu spüren waren. In der Einordnung der Bevölkerung rangierten diese mit Abstand an erster Stelle, noch vor dem Grenzkonflikt mit Slowenien. Eine politische Diskussion über deren Folgen und Konsequenzen löste die Kommunalwahl aber nicht aus und es gab auch keine anderen Themen, die im Wahlkampf kontrovers diskutiert wurden.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Wirtschaftswachstum Kroatiens von einstmals vier bis sechs Prozent pro Jahr in einen Abschwung von über sieben Prozent verwandelt. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Frühjahr von aktuell ca. 15 Prozent auf fast 20 Prozent ansteigen. Auch die wichtigen Investitionen des Auslands sind drastisch eingebrochen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Wirtschaftswachstum Kroatiens von einstmals vier bis sechs Prozent pro Jahr in einen Abschwung von über sieben Prozent verwandelt. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Frühjahr von aktuell ca. 15 Prozent auf fast 20 Prozent ansteigen. Auch die wichtigen Investitionen des Auslands sind drastisch eingebrochen. Die Staatsschulden haben sich in den letzten zehn

Jahren vervierfacht und betragen zum Ende des Jahres 2009 fast 45 Milliarden Euro und somit mehr als 100 Prozent des kroatischen nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Die Krise hat die strukturellen Mängel der kroatischen Wirtschaft und ihre mangelnde Wettbewerbsfähigkeit offensichtlich werden lassen. Jetzt zeigt es sich, dass die Vorgängerregierungen wirtschaftliche Reformen nicht nachhaltig durchsetzten. Zwar wurde die sozialistische Selbstverwaltung abgeschafft, aber die Privatisierungsphase in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts nutzten die neuen Eigentümer, um einschneidende Reformen zu verhindern. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung die Kraft finden wird, in diesen Krisenzeiten Strukturreformen im Gesundheits- und Rentensystem durchzuführen und die Kosten der öffentlichen Verwaltung zu reduzieren.

Positiv zu vermerken ist, dass die kroatische Zentralbank bisher allen – auch politischen – Beeinflussungsversuchen widerstanden hat, die staatlichen Finanzprobleme durch eine gezielte Abwertung der Landeswährung und eine damit einhergehende Inflation abzuschwächen. Es gelang ihr, den Wechselkurs zu Dollar und Euro konstant zu halten und die Inflation, die normalerweise über dem Niveau der Euro-Zone liegt, auf weniger als einen Prozent zu drücken. Auch die Verschuldung gegenüber dem Ausland ist – auch dank der Konsumzurückhaltung der Bevölkerung – leicht rückläufig. Einen Hoffnungsschimmer bildet der traditionell sehr wichtige Tourismussektor. Eine vorläufige Bilanz zeigt, dass die Zahl der Touristen zwar leicht zurückgegangen ist, diese aber dafür länger blieben. Unter dem Strich bleibt dennoch ein kleines Einnahme-Minus, wovon vor allem höherpreisige Tourismussegmente betroffen waren.

Positiv zu vermerken ist, dass die kroatische Zentralbank bisher allen – auch politischen – Beeinflussungsversuchen widerstanden hat, die staatlichen Finanzprobleme durch eine gezielte Abwertung der Landeswährung und eine damit einhergehende Inflation abzuschwächen.

Vier Wochen nach der Kommunalwahl, am 1. Juli 2009, trat der langjährige Premierminister Dr. Ivo Sanader von allen politischen Ämtern zurück. Dieser Schritt traf Freunde und Gegner vollkommen überraschend. Seine mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen sind bis heute deutlich spürbar. Die Gründe für den Rücktritt sind bis heute unklar. Sanader macht zwar geltend, dass er sich im Grenzstreit mit Slowenien von der EU im Stich gelassen fühlte und ein Warnzeichen habe setzen wollen. Angesichts der kurz darauf von seiner Nachfolgerin erzielten Einigung mit dem Nachbarland muss diese Begründung angezweifelt werden.

So spektakulär der Abtritt Sanaders von der politische Bühne war, so fulminant gestaltete sich der Start seiner Nachfolge-

rin. Bereits am 4. Juli 2009 wählten die knapp zehntausend Delegierten der HDZ in Zagreb die amtierende Vizepremierministerin und stellvertretende Parteivorsitzende Jadranka Kosor zur HDZ-Vorsitzenden und Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten. Da es ihr gelang, die Koalitionspartner an sich zu binden, beauftragte Staatspräsident Mesić sie kurz darauf mit der Regierungsbildung. Diese konnte sie vor Mitte Juli 2009 abschließen; die Zustimmung des Sabor erfolgte Mitte Juli. Dabei beschränkte sich Kosor auf marginale Umbesetzungen und widmete sich als erstes dem größten Problem, der Aufstellung eines Nachtragshaushaltes.

Viele politische Beobachter hielten Jadranka Kosor damals für eine Marionette der altgedienten Führungskader der HDZ und gaben ihr allenfalls ein halbes Jahr bis zum Rücktritt bzw. der Anberaumung von Neuwahlen. In der Folgezeit gelang es ihr jedoch, die Finanzprobleme in den Griff zu bekommen und auch innerparteilich eigene Akzente hervorzuheben.

Viele politische Beobachter hielten Jadranka Kosor damals für eine Marionette der altgedienten Führungskader der HDZ und gaben ihr allenfalls ein halbes Jahr bis zum Rücktritt bzw. der Anberaumung von Neuwahlen. In der Folgezeit gelang es ihr jedoch, die Finanzprobleme in den Griff zu bekommen und auch innerparteilich eigene Akzente zu setzen. Sie erreichte gegen den Protest der Gewerkschaften, die Staatsausgaben um ca. 35 Millionen Euro zu

senken und die Steuern deutlich zu erhöhen: Der Mehrwertsteuersatz stieg um einen Prozentpunkt auf 23 Prozent. Dazu muss jeder Einkommenssteuerpflichtige – einkommensabhängig – bis zu vier Prozent seiner Einkommenssteuer zusätzlich abführen. Diese „Krisensteuer“ ist allerdings bis Ende 2010 befristet. Mit den zusätzlichen Einnahmen soll die Kreditaufnahme des laufenden Haushalts von ca. 16,4 Milliarden Euro begrenzt und die Staatsverschuldung mit 2,8 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts unter die „Maastrichtgrenze“ von drei Prozent gedrückt werden.

Zudem verständigte man sich darauf, ein Abkommen zu vereinbaren, um das Mandat, die Zusammensetzung und die Auswahl eines Gerichts zu regeln, welches im Grenzkonflikt mit Slowenien eine für beide Seiten bindende Entscheidung treffen würde. Das Abkommen wurde am 4. November 2009 von den Premierministern Kroatiens und Sloweniens unter dem Beisein des amtierenden EU-Ratspräsidenten Reinfeld unterzeichnet. Das darin vereinbarte Gericht soll nun den Verlauf der See- und Landgrenze Sloweniens sowie den Zugang des Landes zu internationalen Gewässern und die Nutzung der relevanten Seegebiete bestimmen. Dabei ist es gehalten, unterschiedliche Grundsätze zur Anwendung zu brin-

gen. Während für die Festlegung der See- und der Landgrenze die „Regeln und Prinzipien des internationalen Rechtes“ ausschlaggebend sein sollen, sind für die Verbindung Sloweniens mit der hohen See und die Nutzung der Adria-Ressourcen auch das „Prinzip guter nachbarschaftlicher Beziehungen“ heranzuziehen. Inzwischen hat das kroatische Parlament das Abkommen ratifiziert. In Slowenien diskutiert man hingegen, ob zur Ratifizierung des Abkommens durch das Parlament eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist und ob nicht ersatzweise oder zusätzlich eine Volksbefragung erfolgen sollte.

Trotz dieser Einigung behindert Slowenien weiterhin die Beitrittsverhandlungen Kroatiens zur EU. Ende Dezember konnte Kroatien zwar 17 von 33 Kapiteln erfolgreich schließen, Slowenien verhindert aber – ohne Angaben konkreter Gründe – die Öffnung von drei Kapiteln. Weitere neun werden derzeit verhandelt. Inzwischen hat die EU-Kommission die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die bereits jetzt den Beitrittsvertrag ausformulieren soll. Aufgrund der slowenischen Taktik werden die Beitrittsverhandlungen frühestens Mitte 2010 beendet werden. Dabei sind Verzögerungen nicht auszuschließen, da zwei als besonders heikel geltende Bereiche, Justiz und Privatisierung, noch Überraschungen bergen können. Sollten diese bewältigt werden, könnte Kroatien frühestens in der ersten Hälfte 2012 der EU beitreten. Dies setzt voraus, dass alle EU-Staaten dem ausgehandelten Beitrittsvertrag zustimmen. Im Falle Slowenien ist dies insofern fraglich, als der Vertrag Gegenstand eines Volksentscheids würde. Da die entsprechenden Hürden dort leicht zu überwinden sind, ist diese Wahrscheinlichkeit nicht zu unterschätzen.

Trotz dieser Einigung behindert Slowenien weiterhin die Beitrittsverhandlungen Kroatiens zur EU. Ende Dezember konnte Kroatien zwar 17 von 33 Kapiteln erfolgreich schließen, Slowenien verhindert aber – ohne Angaben konkreter Gründe – die Öffnung von drei Kapiteln.

Dieser Konflikt überschattete einen großen außenpolitischen Erfolg Kroatiens: Am 4. April 2009 wurde der Staat zusammen mit Albanien in die NATO aufgenommen. Damit erfüllten sich langjährige Bemühungen um eine weitere Stabilisierung der außen- und sicherheitspolitischen Situation in Südosteuropa. Diese wird angesichts des ungeklärten Verhältnisses Serbiens zum Westen und zur EU-Integration, dessen Verhärtungen in der Kosovo-Frage sowie der fragilen Lage im benachbarten Bosnien-Herzegowina als nach wie vor sicherheitspolitisch fragil eingeschätzt. Der NATO-Beitritt entlastete das Land von einigen Sorgen. Die jetzige kroatische Re-

gierung hat von Anfang an deutlich gemacht, dass sie bereit ist, diesen Zugewinn an Sicherheit durch die Übernahme von Verantwortung in der internationalen Politik zu ergänzen. In den letzten zehn Jahren hat sich das Land – auch mit Soldaten – an allen größeren internationalen Militäreinsätzen der UNO beteiligt. Aktuell stellt das Land mit 300 Heeressoldaten ein vergleichsweise großes Kontingent im Rahmen der ISAF-Operationen in Afghanistan. Allerdings wird die Angleichung der Strukturen der OSRH (Kroatische Streitkräfte) an die NATO-Standards frühestens 2015 abgeschlossen werden können.

Parallel hierzu durchlief im Herbst und Winter 2009 die größte Regierungspartei HDZ eine große Krise. Mit dem Amtsantritt der neuen Premierministerin häuften sich Medienberichte über Korruptionsfälle, in die Politiker, Unternehmer, Manager gemeinwirtschaftlicher Unternehmen, Universitätsprofessoren und Diplomaten verwickelt waren. Die Fälle betrafen unter anderem das Verteidigungsministerium, den Fond für Privatisierung, den Energieversorger HEP, die staatliche Eisenbahn, den staatsnahen Lebensmittelproduzenten Podravka, den Autobahnbauer und Betreiber HAS, die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Zagreber Universität, die Botschaft in Libyen und die staatseigene Kroatische Postbank (HPB).² Nicht weniger als drei amtierende oder ehemalige HDZ-Minister standen im Kreuzfeuer. Der Wirtschaftsminister räumte seinen Posten, nachdem bei der halbstaatlichen Firma Podravka ein Aktienbetrug aufgedeckt wurde. Dem Verkehrs- und Infrastrukturminister Kalmeta wurde vorgeworfen, er habe seine politischen Aufsichtspflichten bei der Vergabe von Autobahnbaufträgen vernachlässigt. Diese Politiker verband eine besondere Nähe zum ehemaligen Premierminister Sanader, wodurch dieser selbst in Erklärungsnot geriet. Anfang Dezember 2009 ging Sanader in die Offensive und versuchte, seine Nachfolgerin dazu zu bewegen, die laufenden Untersuchungen gegen ihn zu begrenzen und kündigte an, in die Politik zurückkehren zu wollen. Die Situation eskalierte, als Sanader zu Beginn des Jahres 2010 mitteilte, sein ruhendes Parlamentsmandat wieder aufzunehmen und eine aktive Rolle als HDZ-Ehrenpräsident spielen zu wollen. Diese Äußerungen wurden vom überwiegenden Teil des HDZ-Vorstands und der Vorsitzenden als Kriegserklärung aufge-

2 | Vgl. Karl-Peter Schwarz, „Kroatien: Unter Beobachtung“, in: FAZ, 04. Januar 2010, S. 8.

fasst. Mit großer Mehrheit schloss daraufhin der Parteivorstand ihren Ehrenvorsitzenden am folgenden Tag wegen parteischädigenden Verhaltens aus. Damit erreichte ein Machtkampf seinen Höhepunkt, der in der kroatischen (HDZ-) Parteigeschichte erstaunliche Parallelen aufweist. Sanader selbst hatte sich unter ähnlich dramatischen Umständen im Jahr 2000 als Tuđman-Nachfolger an die Spitze der Partei gesetzt, befreite sie von ihren rechtsextremen Altlasten und führte sie auf den Weg, der heute noch das politische Selbstverständnis bestimmt: Demokratisierung nach innen und Integration in NATO und EU nach außen. Die Netzwerkstrukturen, die sich in Zeiten des Krieges gebildet hatten, tastete er gleichwohl nicht an. Diese Hausaufgaben muss nun seine Nachfolgerin erledigen.

DIE PRÄSIDENTENWAHL IN KROATIEN

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen konnte man sich im konservativen Lager nicht auf nur einen Kandidaten einigen, wodurch fünf konservativ geprägte Anwärter ins Rennen gingen. Die linken Parteien beschränkten sich auf zwei Kandidaten. Der Startschuss für den Präsidentschaftswahlkampf fiel ungewöhnlich früh, rund sechs Monate vor der eigentlichen Wahl. Auslöser war der völlig überraschende Rücktritt Sanaders am 1. Juli 2009. Dieser verkündete auf dem kurz darauf stattfindenden Parteitag, dass der langjährige Fraktionschef der HDZ, Dr. Andrija Hebrang, zur Präsidentschaftswahl antreten werde. Diese Ankündigung nahm die Partei eher reserviert auf, da keine parteiinterne Abstimmung vorausgegangen war und dem Kandidaten aufgrund seiner rechtskonservativen Ausrichtung nur geringe Siegchancen eingeräumt wurden. Die sozialdemokratische SDP wählte wenige Wochen später Prof. Dr. Ivo Josipović zu ihrem Kandidaten. Im Anschluss meldeten fast zwanzig weitere Personen ihre Kandidatur an. Neben einigen unbekannt Namen stellten sich auch verschiedene „Dissidenten“ beider großen Parteien, HDZ und SDP, zur Wahl. Bekannteste Vertreter waren der bis Juli 2009 amtierende HDZ-Bildungsminister Primorac und der langjährige Präsident der Wirtschaftskammer und Unternehmer, Nadan Vidosević, der ebenfalls der HDZ angehörte.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen konnte man sich im konservativen Lager nicht auf nur einen Kandidaten einigen, wodurch fünf konservativ geprägte Anwärter ins Rennen gingen.

Von den ursprünglich fast zwanzig Kandidaten wurden vom kroatischen Wahlprüfungsausschuss am 18. November 2009

zwölf als Kandidaten anerkannt, da nur diese die geforderten 10.000 Unterschriften fristgerecht einreichen konnten. Auf dem Wahlzettel standen schließlich der SDP-Kandidat Josipović, die „Unabhängigen“ Milan Bandić und Nadan Vidošević, der HDZ-Kandidat Andrija Hebrang, der „Unabhängige“ Dražan Primorac, Vesna Pusić (linksliberale HNS), Damir Kajin vom Istrischen Demokratischen Congress (IDS), Slavko Vukšić (Kroatisch-Demokratischer Bund Slavoniens und der Baranja – HDSSB), sowie die Unabhängigen Vesna Škare-Ozbolt, Josip Jurčević, Boris Miksić und Miroslav Tuđman, einer der Söhne des ersten Staatspräsidenten.

Dementsprechend war die entscheidende Frage des ersten Wahlganges, wer neben dem offiziellen Kandidaten der SDP (der 32,4 Prozent erreichte), in die zweite Runde gelangen würde. Da sich die Mitte-Rechts-Kandidaten selbst paralyisierten, traten schließlich zwei Sozialdemokraten gegeneinander an.

Dementsprechend war die entscheidende Frage des ersten Wahlganges, wer neben dem offiziellen Kandidaten der SDP (der 32,4 Prozent erreichte), in die zweite Runde gelangen würde. Da sich die Mitte-Rechts-Kandidaten selbst paralyisierten, traten schließlich zwei Sozialdemokraten gegeneinander an. Neben Ivo Josipović war dies der gerade aus der Partei ausgeschlossene Zagreber Oberbürgermeister Milan

Bandić. Letzterem reichten im 1. Wahlgang 14,8 Prozent der Stimmen, um sich für den 2. Wahlgang zu qualifizieren. Dass die Wähler beide Kandidaten tatsächlich als Alternative ansahen, lag in deren unterschiedlichem Werdegang, Habitus und Charakter. Auf der einen Seite präsentierte sich Josipović als jovialer, verbindlicher und konsensorientierter Juraprofessor. Ihm mangelte es jedoch an Charisma und Ausstrahlung. Auf der anderen Seite verkörperte Milan Bandić in seiner volknahen, sportiven und umtriebigen Umgangsweise zwar mehr Charisma, wobei ihn seit Jahren hartnäckige jedoch unbewiesene Korruptionsvorwürfe begleiten.

Josipović hatte seinen Wahlkampf, der etwa 1,4 Millionen Euro³ gekostet haben dürfte, auf das Thema „Wahrheit und Klarheit“ zugeschnitten. Damit zielte er indirekt sowohl auf die von aktuellen Korruptionsskandalen gebeutelte Mitte-

3 | Die Zahlen über die Ausgaben im Wahlkampf beruhen auf Schätzungen der kroatischen Sektion von Transparency International und GONG, einer nichtstaatlichen kroatischen Organisation, die sich schwerpunktmäßig auf Wahlkampfbeobachtung und der Überwachung des regulären Wahlablaufs konzentriert. Da von Seiten des Staates den Kandidaten lediglich 35.000 Euro zu Wahlkampfzwecken zur Verfügung gestellt werden, bleibt die Frage offen, wie die beiden Kandidaten ihre Wahlkampfausgaben finanzieren konnten.

Rechts-Regierung als auch direkt auf seinen Konkurrenten. Mit erheblichem Mittelaufwand versuchte Bandić in den letzten beiden Wochen des Wahlkampfes Wähler außerhalb der eigenen Stammwählerschaft zu überzeugen. Seine Taktik war es, sich als Kandidat „aller“ Kroaten zu stilisieren und seinen Mitbewerber Josipović als SDP-Parteikader und „rote Gefahr“ zu stigmatisieren. Diese Überlegungen führten jedoch nicht zum gewünschten Erfolg. Ein Lagerwahlkampf blieb somit aus. Gleichwohl konnte sich Bandić vor allem bei Auslandskroaten, von denen viele in Bosnien-Herzegowina leben⁴ (der Heimat von Bandić), erheblich mehr Stimmen sichern als sein Mitbewerber. In allen anderen Regionen Kroatiens, vor allem dem wirtschaftlich erfolgreichen Norden, war die Zustimmung für Josipović deutlich höher. Zudem hatten viele Kroaten das Gefühl, dass eine akademisch fundierte Ausbildung gepaart mit Parlamentserfahrung einen Kandidaten eher qualifizierten als die Ausübung des Bürgermeisteramts in Zagreb. Selbst in seiner „eigenen“ Stadt konnte Bandić nicht mehr als 37 Prozent der Stimmen erreichen. Damit gelang es Josipović, ohne größere Anstrengungen die Präsidentenwahl für sich zu entscheiden. In der zweiten Wahlrunde am 10. Januar erreichte er 60,29 Prozent und verwies damit Milan Bandić deutlich auf den zweiten Platz.

Die konservative Regierungskoalition wird sich nun in einer „Quasi-Cohabitation“ mit einem „linken“ Präsidenten auseinandersetzen müssen. Dies ist im Grunde eine Neuauflage der politischen Konstellation, wie sie seit 2003 besteht, als die damals ins Amt gekommene konservative Regierung auf einen linken bzw. linksliberalen Staatspräsidenten traf. Die SDP und ihr Vorsitzender Milanovic werden nun vom Erfolg der gewonnenen Wahl profitieren. Zudem konnten die seit mehr als einem Jahr in der Partei andauernden Konflikte um die Person des Vorsitzenden und dessen Führungsstil teilweise beigelegt werden. Diesen lag ein nicht bereinigter Konflikt mit Milan Bandić zu Grunde. Mit dessen Parteiausschluss und Wahlniederlage ist dieses Problem vorerst beseitigt. Jetzt verlagert sich der Konflikt auf die Stadt-

Die konservative Regierungskoalition wird sich nun in einer „Quasi-Cohabitation“ mit einem „linken“ Präsidenten auseinandersetzen müssen. Dies ist im Grunde eine Neuauflage der politischen Konstellation, wie sie seit 2003 besteht, als die damals ins Amt gekommene konservative Regierung auf einen linken bzw. linksliberalen Staatspräsidenten traf.

4 | Dort leben ca. 800.000 Kroaten, von denen etwa die Hälfte (auch) einen kroatischen Pass besitzt, der sie zur Teilnahme an allen Wahlen in Kroatien berechtigt – ein Dauerthema in der innerkroatischen Diskussion.

ebene Zagrebs und in das Stadtparlament. Von dort aus wird die SDP versuchen, ihren Renegaten weiter zu isolieren, in dem sie versucht, dessen Machtbasis zu unterminieren. Wie sich der Oberbürgermeister aus dieser Zwickmühle befreien kann, ist unklar. Möglicherweise wird er versuchen, mit Hilfe frustrierter SDP-Genossen die Gründung einer neuen Partei zu wagen. Bei der HDZ kann ähnliches konstatiert werden, wengleich mit anderen Vorzeichen. Die Partei hat die Wahl zwar verloren, ihre Vorsitzende und Premierministerin konnte ihre Machtposition in Partei und Regierung durch konsequente Korruptionsbekämpfung und die Verdrängung innerparteilicher Opponenten jedoch stärken. Der Opposition dürfte dies verdeutlichen, dass nur durch mehr Geschlossenheit bei den nächsten Wahlen bessere Ergebnisse erzielt werden können.

AUSBLICK

Bis zur kommenden Wahl in Kroatien sind es noch etwas mehr als anderthalb Jahre. Betrachtet man die gegenwärtigen Umfrageergebnisse,⁵ so erhält die größte Oppositionspartei SDP rund 30 Prozent und die Regierungspartei HDZ rund 24 Prozent. Der größte Vorteil für die amtierende Premierministerin ist die große Beliebtheit in der Bevölkerung. In Umfragen hat sie den lange Zeit führenden Stjepan Mesić überholt und damit einen Wert erreicht, von dem ihr Amtsvorgänger Sanader nur träumen konnte. Der Hauptgrund für diese Popularität ist vor allem ihre konsequente Haltung im Antikorruptionskampf, die als äußerst effektiv angesehen wird. Dabei kommt ihr ein Stimmungsumschwung in der Bevölkerung zugute; die Zeit, in der Korruption, Vetternwirtschaft und politische Seilschaften als normal, unabwendbar und unvermeidlich hingenommen wurde, ist vorbei. Ob die kroatische Ministerpräsidentin ihre Popularität halten oder gar steigern kann, wird davon abhängen, ob sie ihre Partei konsolidieren, den EU-Beitritt erfolgreich abschließen und die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise bewältigen kann. In den nächsten Monaten wird man hier wegweisende Entscheidungen treffen müssen.

Der Artikel wurde am 18. Januar 2010 abgeschlossen.